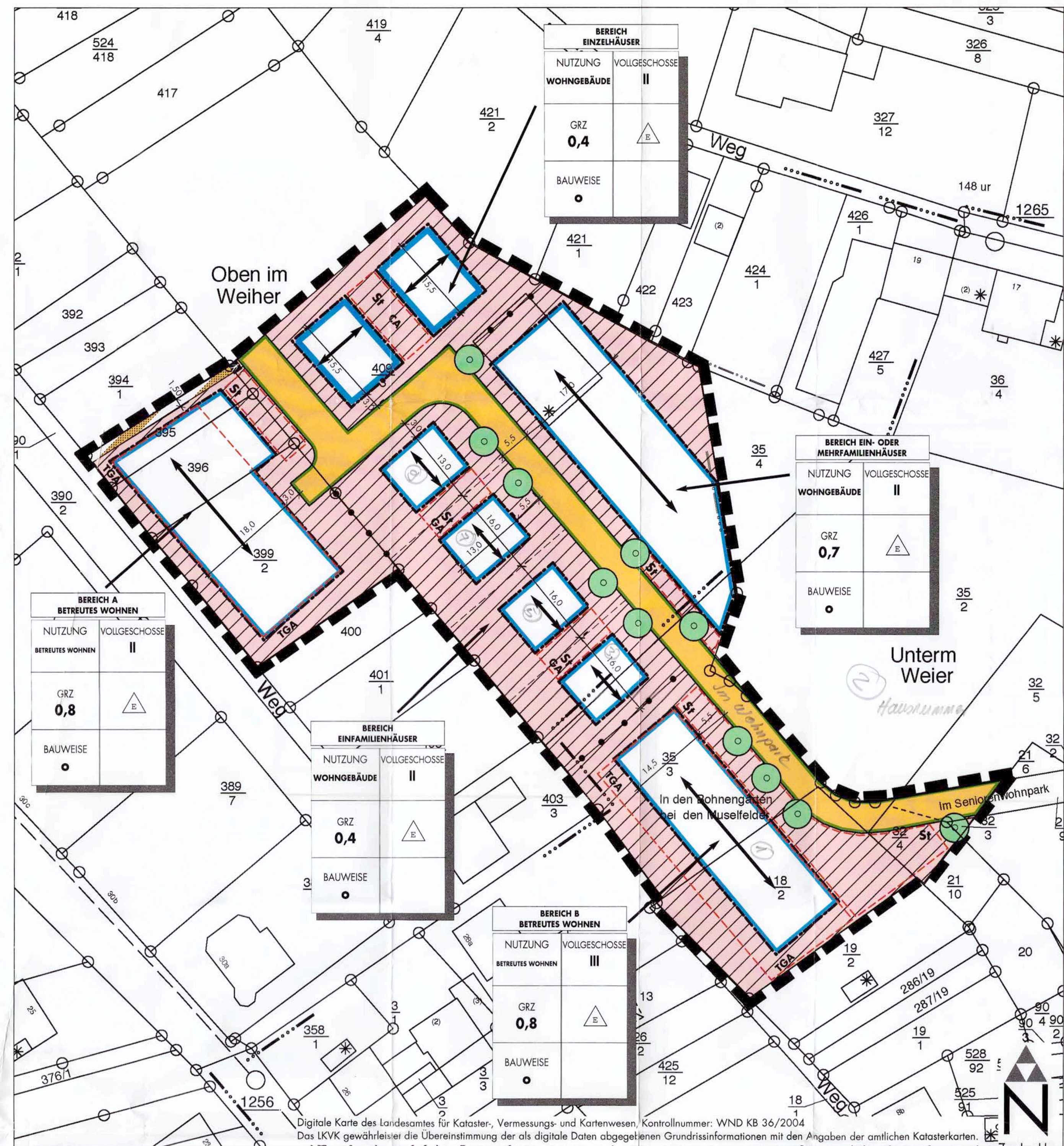


TEIL A: PLANZEICHNUNG



PLANZEICHENERLÄUTERUNG

(NACH BAUGB IN VERBINDUNG MIT BAUNVO UND PLANZV 1990)

	GELTUNGSBEREICH (§ 9 ABS. 7 BAUGB)
	WOHNEN SOWIE GEWERBEBETRIEBE, DIE NACH DER EIGENART DES GEBIETES MIT DER WOHNUNGSNUTZUNG VEREINBAR SIND (ANALOG § 4 BAUNVO)
GRZ 0,4/0,7/0,8	GRUNDFLÄCHENZAHLEN (§ 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB UND § 19 BAUNVO)
II / III	MAXIMAL ZULÄSSIGE ZAHL DER VOLLGESCHOSSE (§ 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB UND § 20 BAUNVO)
	OFFENE BAUWEISE (§ 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB U. § 22 ABS. 2 BAUNVO)
	NUR EINZELHÄUSER ZULÄSSIG (§ 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB U. § 22 ABS. 2 BAUNVO)
	STELLUNG DER BAULICHEN ANLAGEN HIER: HAUPTFRISTRICHTUNG (§ 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB)
	BAUGRENZE (§ 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB U. § 23 ABS. 3 BAUNVO)
	FLÄCHEN FÜR STELLPLATZ UND GARAGEN MIT IHREN EINFAHRTEN (§ 9 ABS. 1 NR. 4 BAUGB)
	HIER: GARAGEN
	HIER: STELLPLATZ
	HIER: TIEFGARAGE
	HIER: CARPORTS
	VERKEHRSFLÄCHEN (§ 9 ABS. 1 NR. 11 BAUGB)
	HIER: FUSSWEG
	ANPFLANZUNG VON BÄUMEN (VERSCHIEBBAR) (§ 9 ABS. 1 NR. 25A BAUGB)
	ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG, Z.B. VON BAUGEBIETEN, ODER ABGRENZUNG DES MASSSES DER NUTZUNG INNERHALB EINES BAUGEBIETES (§ 1 ABS. 4 § 16 ABS. 3 BAUNVO)
	GRUNDSTÜCKSGRENZEN (PLANUNG)

TEIL B: TEXTTEIL

FESTSETZUNGEN GEM. § 9 BAUGB I.V.M. BAUNVO

1. ART DER BAULICHEN NUTZUNG

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB

- 1.1 Wohnen sowie Gewerbebetriebe, die nach der Eigenart des Gebiets mit der Wohnnutzung vereinbar sind, analog § 4 BauNVO
- 1.1.1 errichtet werden

siehe Planschrieb

- 4 Einfamilienhäuser mit je max. 2 Wohneinheiten
- 1 Mehrfamilienhaus mit max. 12 Wohnungen oder alternativ 3 Einfamilienhäuser mit je max. 2 Wohneinheiten (Bereich Ein- oder Mehrfamilienhäuser)
- 2 Einzelhäuser mit je max. 2 Wohneinheiten (Bereich Einzelhäuser)
- 2 Gebäude für betreutes Wohnen mit
 - Bereich A: max. 10 Wohnungen
 - Bereich B: max. 13 Wohnungen
- Kleingewerbebetriebe für Gesundheit und Körperpflege in den Bereichen für betreutes Wohnen

Innerhalb der errichteten Gebäude sind gem. § 13 BauNVO Räume für freie Berufe zulässig.

2. MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 1 BAUGB

- 2.1 Grundflächenzahl

siehe Plan, gem. §§ 16, 17 und 19 Abs. 1 BauNVO

Bereich Einfamilienhäuser sowie Bereich Einzelhäuser: GRZ 0,4
Bereich Ein- oder Mehrfamilienhäuser: GRZ 0,7
Bereiche für Betreutes Wohnen: GRZ 0,8

- 2.2 Vollgeschosse

siehe Plan, gem. §§ 16, 17 und 20 Abs. 1 BauNVO,

Die Einfamilien-, Mehrfamilienhäuser und Einzelhäuser werden mit maximal 2 Vollgeschossen festgesetzt. Die Bereiche des Betreuten Wohnens werden wie folgt festgesetzt:
Bereich A: maximal 2 Vollgeschosse
Bereich B: maximal 3 Vollgeschosse

3. ÜBERBAUBARE UND NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSGRENZEN

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB

siehe Plan, hier: Baugrenzen gem. § 23 Abs. 3 BauNVO

4. BAUWEISE / HAUSFORM

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 2 BAUGB

siehe Plan, Im gesamten Planungsgebiet wird eine offene Bauweise gem. § 22 Abs. 2 BauNVO festgesetzt.

Im gesamten Plangebiet sind ausschließlich Einzelhäuser zulässig (vgl. Planschrieb).

siehe Plan, hier: Hauptfrierichtung

siehe Plan,

Auf den im Plan gekennzeichneten Flächen werden insgesamt errichtet:

- 4 Garagen / Stellplätze
- 2 Carports / Stellplätze
- 25 Stellplätze
- Jeweils 1 Tiefgarage in den beiden Bereichen für Betreutes Wohnen.

Innerhalb der Baufenster sind weitere Garagen, Stellplätze und Carports zulässig. Einfahrten sowie Zuwege zu den Garagen und Stellplätzen sind auch außerhalb der Baufenster zulässig. Zwischen Straßenraum und Garagen ist ein Abstand von mind. 5,50 m als Stauraum einzuhalten.

7. FLÄCHEN FÜR NEBENANLAGEN

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 4 BAUGB

gem. § 14 BauNVO Untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen, die dem Nutzungszweck der in dem Baugbiet gelegenen Grundstücke oder des Baugbiets selbst dienen und die seiner Eigenart nicht widersprechen, sind gem. § 14 BauNVO auch außerhalb der überbaubaren Fläche zulässig.

Nebenanlagen im Sinne des § 14 Abs. 2 BauNVO, die der Versorgung des Plangebietes mit Elektrizität, Gas, Wärme und Wasser sowie der Ableitung von Abwasser dienen, sind auch außerhalb der überbaubaren Flächen zulässig, auch wenn im Vorhabenbezogenen Bebauungsplan mit Vorhaben- und Erschließungsplan für sie keine besonderen Flächen festgesetzt sind. Dies gilt auch für fernmeldetechnische Nebenanlagen sowie für Anlagen für erneuerbare Energien, soweit nicht § 14 Abs. 1 Satz 1 BauNVO Anwendung findet. Zu den Nebenanlagen i.S.d. § 14 Abs. 2 BauNVO zählen auch Flächen für Recycling-Container.

8. BESCHRÄNKUNG DER ZAHL DER WOHNUNGEN

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 6 BAUGB

Gem. § 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB wird festgesetzt, dass die höchstzulässige Zahl der Wohnungen in den Einfamilien- und Einzelhäusern auf maximal zwei Einheiten pro Haus beschränkt ist. Im Bereich der Ein- oder Mehrfamilienhäuser werden entweder ein Mehrfamilienhaus mit max. 12 Wohneinheiten oder alternativ drei Einfamilienhäuser mit max. 2 Wohneinheiten zulässig. Im Bereich A für betreutes Wohnen werden max. 10, im Bereich B für betreutes Wohnen max. 13 Wohneinheiten zulässig.

9. VERKEHRSFLÄCHEN UND VERKEHRSFLÄCHEN BESONDERER ZWECKBESTIMMUNG

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 11 BAUGB

siehe Plan,

Die interne Erschließungsstraße wird gem. § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB als Verkehrsfläche festgesetzt. Der Ausbau erfolgt mit einem einseitigen Bürgersteig. Die Breite der Fahrbahn inklusive des Bürgersteiges ist der Bemaßung in der Planzeichnung zu entnehmen.

Der Fußweg im Nordwesten wird als Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB festgesetzt. Die Breite des Weges ist der Bemaßung in der Planzeichnung zu entnehmen.

hier: Trennsystem

Das anfallende Abwasser wird dem vorhandenen Schmutzwasserkanal zugeleitet.

Die unbelasteten Dachablaufwässer, das auf den Terrassenflächen anfallende Wasser sowie das Straßenablaufwasser werden getrennt hiervon gefasst und über einen separaten Regenwasserkanal abgeleitet. Der geplante Regenwasserkanal, welcher im Bereich der Erschließungsstraße verläuft, wird an den bereits vorhandenen Regenwasserkanal im Bereich der Hauptstraße angeschlossen. Das unbelastete Niederschlagswasser wird über die Regenwasserkanäle dem Brühlbach zugeleitet.

Für das Plangebiet erforderlichen Versorgungsleitungen (Elektro, TV-Kabel, Telefon und Wasserleitungen mit Schachtabbauten, ggf. Gas) werden unterirdisch verlegt.

11. MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT

GEM. § 9 ABS. 1 NR. 20 BAUGB

IN ANWENDUNG DER §§ 18FF BNATSCHG

M1: 50 % der Stellplätze auf den privaten Grundstücken und deren Zufahrten sind aus Gründen der Grundwassererneuerung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB wasserdurchlässig zu befestigen.

siehe Plan,

P1: Alle nicht überbaubaren Grundstücksflächen, die nicht für Zufahrten, Umfahrungen und Stellplätze oder Nebenanlagen benötigt werden, sind auf Dauer gärtnerisch zu unterhalten. Pro 100 m² nicht überbaubarer Grundstücksfläche sind ein heimischer Laubbau- oder Obstbaumhochstamm oder 3 standortgerechte Sträucher gemäß Pflanzliste zu pflanzen und dauerhaft zu unterhalten.

P2: Der Straßenraum durch die Anpflanzung von Bäumen gemäß Planzeichnung (verschiebbare) einzugraben. Es sind standortgerechte Laubbauhochstämme gemäß Pflanzliste anzupflanzen.

Erfolgte Anpflanzungen unterliegen der Bindung gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB.

Für alle festgesetzten Anpflanzungen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 und 25 a BauGB sind nur einheimische Bäume und Sträucher zu verwenden. Eine Auswahl geeigneter standortgerechter Gehölze stellt die im folgenden aufgeführte Liste beispielhaft dar:

Pflanzliste 'Gehölze'	
Feldahorn	Bergahorn
Spitzahorn	Eingrifflicher Weißdorn
Schlehe	Vogelkirsche
Sommerlinde	Winterlinde
Gemeine Esche	Schwarzer Holunder
Traubeneiche	Stieleiche
Eberesche	Liguster
Hänge-Birke	Himbeere
Hasel	Hainbuche
Walnuss	Hundsrose
Volliger Schneeball	Gem. Schneeball
Einheimische Obstbaumsorten (Hochstämme)	

Festgesetzte Pflanzqualitäten

Hochstämme/Bäume: 3xv, SJU 12 - 14 cm
Sträucher: 5 Triebe, Höhe: 100 cm - 150cm

FESTSETZUNGEN GEM. § 9 ABS. 4 BAUGB I.V.M. § 93 ABS. 5 LBO

GESTALTUNG DER HAUPTGEBÄUDE / DÄCHER

- Es sind ausschließlich geneigte Dächer zulässig. Zur Dacheindeckung sind Dachsteine und -ziegel in den örtlichen rötlichen Farbflächen zu verwenden.
- Flachdächer sind nur bei Garagen zulässig.
- Anlagen für Photovoltaik und Brauchwassererwärmung sind auf den Dächern zulässig.

GARAGEN / ÜBERDACHTE STELLPLATZ

- Garagen sind in Material und Farbgestaltung dem Hauptgebäude anzugleichen.
- Es sind Flachdächer und geneigte Dachflächen zulässig.

NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME GEM. § 9 ABS. 6 BAUGB

SANIERUNGSGEBIET 'ORTSZENTRUM HASBORN-DAUTWEILER'

Das Plangebiet befindet sich vollständig innerhalb des Sanierungsgebietes 'Ortszentrum Hasborn-Dautweiler'. Die Vorgaben der Sanierungsatzung sind zu beachten.

FESTSETZUNGEN GEM. § 9 ABS. 7 BAUGB

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs

siehe Plan

GESETZLICHE GRUNDLAGEN

Für die Verfahrensdurchführung und die Festsetzungen des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes gelten u.a. folgende Gesetze und Verordnungen:

- Baugesetzbuch (BauGB), in der Bekanntmachung vom 27.8.1997 (BGBl. I, S. 2141, ber. 1998 I, S. 137), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.7.2002 (BGBl. I, S. 2850) m.W.v. 1.8.2002,
- die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Bekanntm. der Neufassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I, S. 133), zul. geänd. durch Art. 3 des IWG vom 22. April 1993 (BGBl. I, S. 479),
- die Anlage zur Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Plangebietes - Planzeichnungsverordnung (PlanZV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I, S. 58),
- das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.09.2001 (BGBl. I, S. 2350), zuletzt geändert am 18.06.2003 (BGBl. I, S. 1914),
- die Bauordnung (LBO) für das Saarland vom 27. März 1996 (Amtsbl. des Saarl. 23/1996, S. 477), zuletzt geändert durch Artikel 10 Abs. 9 des Gesetzes vom 07.11.2001 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 2158),
- der § 12 des Kommunal Selbstverwaltungsgesetzes (KStVG) i. d. Bek. der Neuf. vom 27. Juni 1997 auf Grund des Art. 6 des Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 23. April 1997 (Amtsbl. S. 538), zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.11.2001 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 2158),
- das Saarländische Landesplanungsgesetz (SLPG) vom 12.06.2002 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 1506),
- das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.03.2002 (BGBl. I, S. 1193),
- das Gesetz über den Schutz der Natur und Pflege der Landschaft (Saarländisches Naturschutzgesetz - SNG) vom 19. März 1993 (Amtsblatt des Saarlandes 1993, S. 346), zul. geänd. durch Artikel 2 des Gesetzes zur Neuordnung des Landesplanungsgesetzes vom 12. Juni 2002 (Amtsblatt des Saarlandes vom 01.08.2002, S. 1506),
- das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundesimmissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Neufassung vom 26.09.2002 (BGBl. I, S. 3830),
- das Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundesbodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17. März 1998, zuletzt geändert durch Gesetz vom 09. September 2001 (BGBl. I, S. 2331),
- das Gesetz zum Schutz des Bodens im Saarland (Saarländisches Bodenschutzgesetz - SBodSchG) vom 20. März 2002 (Amtsbl. des Saarlandes 2002, S. 990),
- das Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG), i. d. Neuf. der Bek. vom 19.08.2002 (BGBl. I, S. 3245),
- das Saarländische Wassergesetz (SWG) i. d. F. der Bek. der Neuf. vom 03. März 1998 (Amtsbl. des Saarlandes 1998, S. 306), zuletzt geändert durch Artikel 10 Abs. 23 des Gesetzes vom 07.11.2001 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 2158),
- das Saarländische Nachbarrechtsgesetz vom 28. Februar 1973 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 210), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes Nr. 1397 zur Neuordnung der saarländischen Vermessungs- und Katasterverwaltung vom 16. Oktober 1997 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 1130),
- das Saarländische Denkmalschutzgesetz (DSchG) vom 12. Oktober 1977 (Amtsblatt des Saarlandes S. 993), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Neuordnung des Landesplanungsgesetzes vom 12. Juni 2002 (Amtsblatt des Saarlandes vom 01.06.2002, S. 1506).

HINWEISE

EINHALTUNG GRENZABSTÄNDE

(GEMÄSS SAARLÄNDISCHEM NACHBARRECHTSGESETZ VOM 28.02.1973)

Bei der Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern entlang von Grundstücksgrenzen sind die Grenzabstände gemäß dem Saarländischen Nachbarrechtsgesetz zu beachten.

VORSCHRIFTEN DER VER- UND ENTSORGUNGSTRÄGER BEI BAUMPFLANZUNGEN

Um Beeinträchtigungen von Ver- und Entsorgungsanlagen durch Baumpflanzungen zu vermeiden, ist das DVGW-Regelwerk GW 125 Baumpflanzungen im Bereich unterirdischer Versorgungsanlagen zu beachten.

DACHBEGRÜNNUNGEN

Die Dachbegrünung von Flachdächern (Garagen) und gering geneigten Dächern wird aus ökologischen und gestalterischen Gründen empfohlen. Dabei ist eine extensive Begrünung einer intensiven vorzuziehen.

REGENWASSERSPEICHERUNG UND -NUTZUNG

Zur Entlastung des Entwässerungssystems wird die Anlage dezentraler Kleinspeicher (z.B. Zisternen, Becken) empfohlen. Für alle Grundstücke wird die Nutzung von Niederschlagswasser, das von den Dachflächen abfließt, als Brauchwasser für Toilette und Gartenbewässerung empfohlen. Zur Reduzierung des Trinkwasserverbrauchs wird die Installation von Wasserspareinrichtungen empfohlen.

Die Vorgaben der neuen Trinkwasserverordnung, welche zum 01.01.2003 in Kraft getreten ist, sind zu beachten. Hiernach ist die Nutzung von Regenwas-

ser für den Betrieb von Waschmaschinen nicht zulässig. Desweiteren besteht nach dieser neuen Verordnung eine Anzeigepflicht für Anlagen zur Regenwassernutzung gegenüber dem Gesundheitsamt. Diese Anzeigepflicht besteht auch für Anlagen, welche bereits bis zum 01.01.2003 betrieben werden.

Desweiteren sind die einschlägigen technischen sowie rechtlichen Vorschriften beim Bau einer Regenwassernutzungsanlage zu beachten. Hier wird insbesondere auf die strikte Trennung zwischen dem Trinkwasser- und der Brauch-/Regenwasserinstallation hingewiesen.

HAUSDRAINAGEN

Hausdrainagen dürfen nicht im Grundwasser oder im Bereich von Hangquellen liegen. Bei eventuell auftretendem Grund- oder Hangwasser und der Lage der Kellersohle in diesem Bereich ist eine sogenannte "Weiße Wanne" vorzuziehen.

EHEMALIGE ALTSTÄT (ALTSTANDORT WEN 4065)

Im Rahmen einer 1989 durchgeführten umwelttechnischen Untersuchung wurde auf dem ehemaligen Betriebsgelände der Firma Bockes GmbH & Co. auf verschiedenen Stellen eine Untergrundbelastung mit Mineralölkohlenwasserstoffen gefunden. Im Rahmen von Sanierungsarbeiten im Jahr 2003 wurden die entsprechenden Stellen durch Auskoffern der belasteten Massen saniert. Belastungen durch Altlasten sind im Plangebiet daher nicht mehr zu erwarten.

Sollten im Zuge der Erschließungsmaßnahmen dennoch weitere schädliche Bodenveränderungen festgestellt werden, sind diese gemäß § 2 Saarländisches Bodenschutzgesetz der Unteren Bodenschutzbehörde zu melden. Die Arbeiten sind bis zu einer endgültigen Entscheidung einstweilen einzustellen.

VERFAHRENSVERMERKE

- Der Vorhabenträger, die Firma Weiß Massivhaus, hat mit Schreiben vom 12.02.2004 die Einleitung des Satzungsverfahrens über den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan mit Vorhaben- und Erschließungsplan "Im Wohnpark" beantragt.
- Der Gemeinderat der Gemeinde Tholey hat am 18.02.2004 die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Im Wohnpark" beschlossen (§ 2 Abs. 1 BauGB).

Der Beschluss wurde am 27.02.2004 ortsüblich bekanntgemacht (§ 2 Abs. 1 BauGB).

Tholey, den 27.02.04 Der Bürgermeister

- Die frühzeitige Beteiligung der Bürger an diesem Vorhaben- und Erschließungsplan wurde vom 01.03.2004 bis einschließlich 02.03.2004 durchgeführt (§ 3 Abs. 1 BauGB). Sie wurde am 27.02.2004 ortsüblich bekannt gemacht.

Der Gemeinderat hat am 18.02.2004 den Entwurf gebilligt und die öffentliche Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Im Wohnpark" (§ 3 Abs. 2 BauGB) mit paralleler Beteiligung der Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden (§ 4 Abs. 1 und 2 BauGB und § 2 Abs. 2 BauGB) beschlossen.

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung (=Vorhaben- und Erschließungsplan) hat in der Zeit vom 05.03.2004 bis einschließlich 08.04.2004 öffentlich ausgelegen (§ 3 Abs. 2 BauGB).

Ort und Dauer der Auslegung wurden mit dem Hinweis, dass Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am 27.02.2004 ortsüblich bekanntgemacht (§ 3 Abs. 2 BauGB).

- Die betroffenen Behörden, Stellen und die Träger öffentlicher Belange wurden gem. § 4 Abs. 1 und 2 BauGB parallel zur öffentlichen Auslegung mit

Schreiben vom 01.03.2004 an der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes beteiligt. Im Anschreiben wurde auf die parallel stattfindende Auslegung hingewiesen. Die vorgebrachten Anregungen wurden vom Gemeinderat am 12.05.2004 geprüft und in die Abwägung eingestellt.

Das Ergebnis wurde denjenigen, die Anregungen vorgebracht haben, mitgeteilt (§ 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB).

- Der Gemeinderat hat am 12.05.2004 den vorhabenbezogenen Bebauungsplan mit Vorhaben- und Erschließungsplan "Im Wohnpark" als Satzungsbeschluss (§ 10 BauGB). Der Bebauungsplan besteht aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung (=Vorhaben- und Erschließungsplan).

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan wird hiermit als Satzung ausgefertigt.

Tholey, den 12.05.04 Der Bürgermeister

- Der Satzungsbeschluss wurde gem. § 10 BauGB am 21.05.04 öffentlich bekanntgemacht.

Mit dieser Bekanntmachung tritt der vorhabenbezogene Bebauungsplan "Im Wohnpark", bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) sowie der Begründung (=Vorhaben- und Erschließungsplan) in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).

Tholey, den 21.05.04 Der Bürgermeister

Eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles nach § 3c des "Gesetzes zur Umsetzung der UVP-Anforderungsschritte, der IVU-Richtlinie und weiterer EG-Richtlinien zum Umweltschutz" ist aufgrund der Größe der anrechenbaren Grundfläche nicht notwendig.

VORHABENBEZOGENER BEBAUUNGSPLAN

"IM WOHN-PARK"

DER GEMEINDE THOLEY, ORTSTEIL HASBORN-DAUTWEILER

▲ BEARBEITET IM AUFTRAG DER FIRMA WEISS MASSIVHAUS IN ZUSAMMENARBEIT MIT DER GEMEINDE THOLEY

▲ AN DER ERSTELLUNG DES VORHABENBEZOGENEN BEBAUUNGSPLANES WAREN BETEILIGT:

PROJEKTBEARBEITUNG:
DIPL.-GEODR. EVELYN MOSCHEL
DIPL.-GEODR. THOMAS EISENHUT

PLANDESIGN:
GISELA DEBOLD

▲ STAND: 28. APRIL 2004 (SATZUNG)

▲ VERANTWORTLICHER PROJEKTLIEFER

DIPL.-ING. HUGO KERN
RAUM- UND UMWELTPLANER
BERATENDER INGENIEUR
GESCHÄFTSFÜHRENDER GESELLSCHAFTER

